

ge in der Woche arbeiteten; 42% der Arbeitskräfte arbeiteten zehn und mehr Stunden pro Tag. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 23.2.94; nach SWB 25.2.94) -schü-

*(33)

Konsumwünsche 1994

Die chinesische Zeitung *China Youth News* berichtet über das Ergebnis einer Stichprobenerhebung, die nach den Konsumwünschen für das Jahr 1994 fragte. Die Untersuchung, die auf einer Stichprobe von 122 Familien basierte und während einer Eisenbahnfahrt von Beijing nach Suzhou im Januar d.J. durchgeführt wurde, zeigt den Trend zu neuen hochwertigen Konsumgütern. Nach einer "ersten Konsumwelle" in den 60er und 70er Jahren, die sich auf den Kauf von Fahrrädern, Armbanduhren und Nähmaschinen konzentrierte, gab es in den 80er Jahren eine "zweite Konsumwelle", bei der Fernsehgeräte, Kühlschränke und Waschmaschinen im Vordergrund standen. Die Stichprobenerhebung kündigt nun eine "dritte Konsumwelle" an, da sich die Konsumwünsche auf Großbild-Fernsehgeräte, Klimageräte, Videokameras, Telefone, Computer, moderne Kücheneinrichtungen, Häuser und Kraftfahrzeuge beziehen.

Die Erhebung zeigt zwar, daß noch der überwiegende Teil der Familien den Kauf von Haushaltselektronik plant, doch bereits 44% beabsichtigen, private Kommunikationsgeräte wie Telefone, Funkrufempfänger und tragbare Telefone zu kaufen. Von den befragten Familien wollen 7% ein Auto kaufen, 32% eine Wohnung und 61% neue Möbel. Ein Teil der Familien äußerte die Absicht, Klimageräte, Videorekorder und -kameras zu kaufen, und ein anderer Teil will mehr Geld für teure Kleidung, Ernährung und Gesundheit sowie für Reisen ausgeben (keine Prozentangaben hierzu).

Abhängig vom Alter gab es unterschiedliche Trends. So wollten jüngere Befragte (zwischen 20 bis 29) mehr Geld für die Heirat und die Wohnung ausgeben. Im Alter von 30 bis 45 waren die meisten Befragten durch die Ausbildungskosten für die Kinder (bzw. das Kind) belastet. Befragte über 46 Jahren planten, für die Gesundheit mehr Geld zu verwenden.

Von den befragten Familien wiesen 57% ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1.000 Yuan auf, und 7% hatten ein Pro-Kopf-Einkommen von über 3.000 Yuan im Monat. Aktien besaßen 28 der 122 Familien und weitere 29 hatten Anleihen gekauft. (XNA, 4.2.94)

Marktforschungsinstitute aus dem Ausland drängen inzwischen ebenfalls nach China. So beispielsweise auch das US-amerikanische Institut *Gallup* und die *Survey Research Group*, die von Hongkong aus kundenspezifische Untersuchungen durchführt und zur Erkundung des Einzelhandels ein Netz von Forschungsbüros unterhält. Die Marktforschung ist nach Einschätzung beider Institute noch sehr wenig entwickelt in China, und Untersuchungen zum chinesischen Markt seien i.d.R. zu allgemein. Sie würden auch eher den Anspruch einer wissenschaftlichen Seminararbeit erfüllen als konkrete Vertriebsfragen beantworten können. (NfA, 21.2.94)

Mit Blick auf potentielle Absatzmärkte für hochwertige ausländische Konsumgüter wies der Leiter des Marktforschungsinstituts *Survey Research Group (China)* auf die guten Voraussetzungen in Shanghai hin. Die Shanghaier Bevölkerung weise das höchste Bildungsniveau auf und sei besonders anspruchsvoll. Außerdem gäbe es in Shanghai bereits eine bedeutende Mittelklasse und eine größere Zahl einkommensstarker Haushalte als in Beijing oder Guangzhou (Kanton). Luxusgüter aus dem Ausland würden hier besonders stark nachgefragt. Das Konsumverhalten der Shanghaier orientiere sich über wirtschaftliche und kulturelle Kontakte an japanischen und taiwanesischen Vorbildern. Weiterhin habe Shanghai das höchste Einzelhandelsvolumen in China, und die Konsumenten hätten die Wahl zwischen lokalen Kaufhäusern, Warenhäusern ausländischer Konzerne und vielen kleinen Einzelhandelsgeschäften.

Auch die *Survey Research Group (China)* stellt einen herausragenden Wandel bei den Konsumgewohnheiten fest. So seien die Verbraucher inzwischen wesentlich anspruchsvoller geworden. Shanghaier Konsumenten würden inzwischen eine höhere Nachfrage nach Qualitätsprodukten haben und Luxusgüter wie Videorekorder, hochwertige

elektrische Geräte, Schmuck, Alkohol und Markenbekleidung kaufen. Durch die Verbesserung des Lebensstandards werde inzwischen auch dem Wert "Freizeit" mehr Bedeutung beigemessen. (SCMP, 2.2.94) -schü-

Taiwan

*(34)

Plante das US-Außenministerium Anfang der 50er Jahre einen Putsch in Taiwan?

Das taiwanesisches wöchentliche Nachrichtenmagazin in chinesischer Sprache *Xinxinwen (The Journalist)* hat in seiner Ausgabe Nr. 361/362 (2.-19. Februar 1994, S.16 ff.) einen Artikel mit dem Titel "Die USA wollten einmal einen politischen Putsch in Taiwan inszenieren!" veröffentlicht. Nach Darstellung der Zeitschrift stützt sich der Artikel hauptsächlich auf früher geheime US-Regierungsdokumente einschließlich eines Plans des State Department zum Sturz von Marschall Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek), die kürzlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Nach dem Rückzug der KMT(Kuomintang)-Regierung 1949 vom chinesischen Festland, das sie an die Kommunisten verloren hatte, nach Taiwan, stellte Washington die US-Hilfe für sie ein. Um die Insel Taiwan nicht in die Hände der chinesischen Kommunisten fallen zu lassen, hätten die Amerikaner Jiang aufgefordert, Taiwan zu verlassen oder sich von der Politik fernzuhalten. Das habe Jiang zwar abgelehnt, sei aber auf den Vorschlag eingegangen, Wu Guozheng (Wu Kuo-cheng) zum Gouverneur der Provinz Taiwan und General Sun Liren (Sun Li-jen) zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte von Taiwan zu ernennen, die beide aufgrund ihrer Ausbildung in den USA das Vertrauen der Amerikaner genossen. Da sie aber keine realen Machtbefugnisse von Jiang erteilt bekamen, habe das State Department einen militärischen Putsch in Taiwan geplant.

Noch Mitte 1949 soll man im State Department über eine Intervention der USA in Taiwan diskutiert haben. Am 23. Juni des Jahres habe der damalige

Abteilungsleiter für Politische Planung, George F. Kennan, in einem Bericht vorgeschlagen, Taiwan durch internationale Streitkräfte, gebildet von den USA, den Philippinen, Australien, Indien, Pakistan und Neuseeland, zu besetzen und General Sun zur Beteiligung an der neuen Besatzungsregierung zu bitten. "Wenn Jiang Jieshi in Taiwan bleiben möchte, soll er als politischer Asylant behandelt werden." Vom Chinareferat des State Department sei am 20. Februar 1950 ein Entwurf zum Putsch in Taiwan ("Draft Coup d'Etat in Formosa") angefertigt worden, in dem vorgeschlagen wurde, eine Machtergreifung durch General Sun zu unterstützen und Jiang unter Hausarrest zu stellen oder ins Exil zu schicken. Am 19. Juni sei auf einer Sitzung des State Department ein "streng geheimer" Plan über die Taiwanpolitik ausgearbeitet worden, der die drei Schwerpunkte enthielt: 1) Zur Verteidigung Taiwans durch die USA müßten Jiang Jieshi und seine Anhänger Taiwan verlassen und die Macht an die von den USA ernannten chinesischen oder taiwanesischen Führer abgeben; 2) daraufhin würden die USA ihre Flotte in die Gewässer Taiwans entsenden, um Angriffe der chinesischen Kommunisten gegen Taiwan oder eine Rückeroberung des chinesischen Festlands durch Taiwan zu verhindern; 3) falls sich Jiang Jieshi diesem Plan widersetze, solle die US-Regierung General Sun streng geheim mitteilen, daß sie ihn beim Putsch mit der erforderlichen militärischen Hilfe und mit Rat unterstützen werde. Der Putsch sei für den 24. oder 25. Juni 1950 vorgesehen worden, sei aber infolge des Korea-Krieges nicht erfolgt.

Gleich nach dem Ausbruch des Korea-Krieges hatte Präsident Truman die 7. US-Kriegsflotte zur Patrouille in die Taiwan-Straße beordert. Es floß auch wieder Militär- und Wirtschaftshilfe nach Taiwan. Nach der Stabilisierung seiner Regierung in Taiwan entließ Jiang im Frühjahr 1953 Wu Guozheng aus seinem Amt als Provinzgouverneur. Am 3. Dezember 1954 unterzeichneten die USA und Taiwan einen Bündnisvertrag. Noch kurz davor, im Sommer desselben Jahres, war General Sun vom Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in das nominelle Amt des Privatstabschefs (Personal Chief-of-Staff) des Präsidenten versetzt worden. 1955 wurde er unter dem Ver-

dacht, einen angeblichen Putschplan seiner Anhänger unterstützt zu haben, verhaftet; er lebte 33 Jahre lang unter Hausarrest. Erst am 20. März 1988, also kurz nach dem Tod von Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), dem Sohn und Nachfolger von Jiang Jieshi, wurde Sun von der Regierung freigelassen. Er starb am 19. November 1990 im Alter von 91 Jahren. (Siehe ausführlich dazu Yu-Hsi Nieh, "Welle von Rehabilitierungsforderung in Taiwan. Zur Aussetzung des Hausarrests von General Sun Liren", C.a., 1988/5, S.407 ff; C.a., 1990/11, Ü 45).

Bis zu seinem Tod bestritt Sun die Anschuldigung gegen ihn. Auch in einem Untersuchungsbericht des Kontroll Yuan vom 21. November 1955, der nach einer Geheimhaltung von fast 33 Jahren im gleichen Monat von Suns Freilassung veröffentlicht wurde, läßt sich die Behauptung eines Putschversuches von Sun und dessen Anhängern nicht erhärten.

Im Bericht der *Xinxinwen* heißt es, das State Department habe Adm. Charles M. Cooke, Jr. beauftragt, General Sun vom o.g. geheimen Plan vom 19. Juni 1950 zu informieren. Cooke, der einst Kommandeur der 7. Flotte gewesen war, habe nach seiner Pensionierung eine Tätigkeit als Waffenhändler ausgeübt und habe seinerzeit eigentlich gute Beziehungen mit Jiang Jieshi gehabt. Auch über Cooke habe General Sun im Juni 1950 einen geheimen Brief ans State Department gesandt, in dem er von sich aus einen Putsch unter seiner Führung vorgeschlagen habe. Die Hinweise auf die geheime Mission von Cooke sowie Suns geheimen Brief beruhen aber im *Xinxinwen*-Bericht nicht auf den einst geheimen Regierungsdokumenten, sondern auf Mutmaßungen in zwei Büchern von Bruce Cumings und Thomas J. Schoenbaum *The Origins of the Korean War* bzw. *Waging Peace and War: Dean Rusk in the Truman, Kennedy and Johnson Years*.

Bekannt ist, daß der in den USA ausgebildete Sun die Generäle der Whampoa-Clique, alle Schüler von Jiang, verachtete. Er war auch gegen die Politabteilung in der Armee, die von Jiang Jingguo nach kommunistischem Modell aufgebaut worden war. Auch wegen der engen Kontakte Suns mit den Amerikanern schenkte Jiang ihm keine Vertrauen. -ni-

*(35)

"Urlaubsdiplomatie" von Präsident Li Denghui

Nach dem einwöchigen "politischen Urlaub" von Ministerpräsident Lian Zhan (Lian Chan) zum Jahreswechsel in Malaysia und Singapur (siehe dazu C.a., 1994/1, Ü 36) stattete auch Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) vom 9. bis 16. Februar zum Jahreswechsel nach dem traditionellen chinesischen Lunarkalender zusammen mit einer 40köpfigen Delegation einschließlich des Außenministers u.a. drei anderen ASEAN-Staaten - den Philippinen, Indonesien und Thailand - einen "privaten" und "inoffiziellen" Besuch ab. All diese Länder unterhalten nicht mit Taiwan, sondern mit Beijing diplomatische Beziehungen. Da Beijing nach wie vor die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwan beansprucht, protestierte es gegen Taiwans "Urlaubsdiplomatie". Trotzdem traf Li am 9. Februar mit dem philippinischen Präsidenten Fidel Ramos und am 11. Februar mit dem indonesischen Präsidenten Suharto zusammen. In Thailand vermied es zwar Premierminister Chuan Leekpai unter dem Druck aus Beijing, dem prominenten "Urlauber" aus Taiwan zu begegnen, doch wurde Li am 16. Februar überraschend von König Bhumibol Adulyadej in dessen Palast empfangen. Außerdem lud der Präsident des thailändischen Parlaments, Marut Bunnak, Li Denghui zum Mittagessen ein, und Vizepremierminister Amnuai Wirawan spielte mit ihm Golf.

In Taiwan wurde Lis "Urlaubsdiplomatie"-Reise als "Eisbrecherfahrt" in den Beziehungen zu den südostasiatischen Nachbarstaaten aufgefaßt. Li selbst sagte am 16. Februar nach seiner Rückkehr vor der Presse, daß seine Besuche hauptsächlich auf Wirtschaftszusammenarbeit mit den Ländern ausgerichtet waren. Was die Außenpolitik anbetraf, lasse sich die Wirkung in so kurzer Zeit noch nicht messen. Man müsse Geduld im Kontakt mit anderen Staaten aufbringen. Ferner meinte er, die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße könnten durch seine Südostasienreise nicht beeinträchtigt werden. Die Proteste aus Beijing seien "unbedachte Reden von Sachbearbeitern" ohne Verständnis für die Trends in der

Welt. Er halte sie für lächerlich. (ZYRB, 18.2.94; LHB und CP, 17.2.94; FCJ, 18.2.94)

Obwohl Taiwan keine diplomatischen Beziehungen zu den südostasiatischen Ländern unterhält, ist das Wirtschaftsverhältnis sehr eng. In den ersten zehn Monaten 1993 betrug das Handelsvolumen Taiwans mit den fünf ASEAN-Staaten und Vietnam 13,5 Mrd.US\$, was 10% des Gesamtvolumens von Taiwans Außenhandel entspricht. (ZYRB, 19.2.94) Taiwanische Investitionen in diesen Ländern erreichten 1993 eine Höhe von 16,5 Mrd.US\$, davon entfielen 4.502,24 Mio.US\$ auf Thailand (siebtgrößter ausländischer Investor), 5.915,1 Mio.US\$ auf Malaysia (3.), 442,32 Mio.US\$ auf die Philippinen (7.), 4.034,5 Mio.US\$ auf Indonesien (11.), 90,17 Mio.US\$ auf Singapur (13.) und 1.531,04 Mio.US\$ auf Vietnam (1.). (*Taiwan Aktuell*, München, 21.2.1994) In den ersten acht Monaten 1993 sind die vom Wirtschaftsministerium der Taipeier Regierung genehmigten Investitionen Taiwans in Indonesien gegenüber dem Vorjahreszeitraum drastisch um 38% gefallen, in Malaysia um 55% und in Thailand um 47%. (ZYRB, 9.2.94) Hingegen sind taiwanische Investitionen auf dem chinesischen Festland in den vergangenen Jahren ungewöhnlich in die Höhe geschneit, das kumulative Volumen soll Schätzungen von Experten zufolge schon bei rund 20 Mrd.US\$ liegen. (ZYRB, 9.2.94)

Vor kurzem hat das Taipeier Wirtschaftsministerium eine "Südpolitik" zur Förderung der Investitionen taiwanischer Unternehmen in Südostasien ausgearbeitet mit dem Ziel, den starken Kapitalabfluß nach dem chinesischen Festland wieder zu bremsen. Da die britische Kolonie Hongkong als wichtigster Dritttort für die "indirekte" Verbindung beider Seiten der Taiwanstraße 1997 an Beijing zurückgegeben wird, will Taiwan Ersatz für den Notfall ausfindig machen. Zur Zeit unterstützt Taiwan die Philippinen beim Ausbau des von den Amerikanern hinterlassenen militärischen Stützpunkts Subic Bay zu einer Industriezone. Außerdem baut die taiwanische Reederei Evergreen einen Güterhafen auf der 20 km von Singapur entfernten Insel Batam, wo Indonesien ebenfalls einen Industriepark errichtet. In der Be-

gleitung von Präsident Li Denghui auf seiner "Urlaubsreise" befanden sich auch mehrere Großunternehmer Taiwans. -ni-

*(36)

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Burkina Faso

Am 2. Februar hat der Außenminister des westafrikanischen Staates Burkina Faso, Thomas Sanon, mit dem Vizeaußenminister der Tapeier Regierung, Fang Jinyan (Fang Chin-yen), in Taipei ein Communiqué über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen beider Seiten unterzeichnet. Burkina Faso (früher: Upper Volta) hatte erstmals 1961 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen. 1973 wurden sie wieder abgebrochen, nachdem der westafrikanische Staat diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte.

Nach der Unterzeichnung des Communiqués versicherte Sanon, die neuen Beziehungen nicht wieder zu ändern. "Burkina Faso wird nicht nach der Annahme des Schecks wieder weggehen." Fang sagte, daß Taiwan Burkina Faso Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin, Industrie und Handel angeboten habe. (ZYRB, 4.2.94; LHB und CP, 3.2.94)

Im Januar d.J. hatte das südafrikanische Königreich Lesotho, wie berichtet (C.a., 1994/1, Ü 37), zum zweiten Mal die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abgebrochen und zugleich diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen. Nach dem Plus und Minus unterhält Taiwan z.Zt. immer noch diplomatische Beziehungen zu 29 Ländern: acht in Afrika (Burkina Faso, Guinea-Bissau, Liberia, Malawi, Niger, Südafrika, Swasiland, Zentralafrikanische Republik), 16 in Lateinamerika (Belize, Costa Rica, Dominika, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Uruguay), vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu) und einer in Europa (Vatikanstadt). -ni-

Hongkong und Macau

*(37)

Kaum noch eine Chance für sino-britischen Kompromiß über politische Reform in Hongkong

Der Legislativrat (Parlament) von Hongkong hat am 23. Februar nach einer zehnstündigen heftigen Marathondebatte in der Nacht einen ersten Teil der umstrittenen Gesetzesvorlage von Gouverneur Chris Patten über die Wahlreform in der britischen Kronkolonie angenommen. Wie berichtet (C.a., 1993/11, Ü 31 und 1993/12, Ü 36), hatten London und Beijing vom April bis Ende November des Vorjahres 17 Verhandlungsrunden geführt, aber keinen Kompromiß über die letzten Wahlen von Hongkong vor der Rückgabe an China (1997) erzielen können. Es wurde auch kein Termin für neue Verhandlungen vereinbart. Wegen des Zeitdrucks sowie in der Hoffnung, Beijing zu raschen Verhandlungen zu zwingen, begann die Hongkonger Regierung einerseits mit der Novellierung des Wahlgesetzes, andererseits forderte sie Beijing auf, weiter zu verhandeln. Die chinesische Seite warf aber Patten vor, mit seinem Alleingang die sino-britischen Verhandlungen blockiert zu haben. Sie werde ein vom Hongkonger Legislativrat einseitig verabschiedetes Wahlgesetz nicht akzeptieren und die nach einem solchen Gesetz gewählten Parlamentsorgane auf allen drei Ebenen bei der Übernahme von Hongkong auflösen.

Bei dem genannten, vom Legislativrat bereits verabschiedeten Teilwahlgesetz handelt es sich um die folgenden wichtigen Punkte: 1) Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre; 2) Abschaffung der Ernennung eines Teils der Abgeordneten der kommunalen Volksvertretungsorgane; 3) Aufhebung des Verbots für die Hongkonger Vertreter in den chinesischen Parlamentsorganen, gleichzeitig einen Sitz in den Hongkonger Parlamentsorganen einzunehmen; 4) Einführung des einfachen Mehrheitswahlsystems mit einem Sitz für jeden Wahlbezirk.